

Zugestellt durch Österreichische Post

FPO DIE SOZIALE HEIMATPARTEI

Wir Steirer



KONKRET · KRITISCH · FREIHEITLICH

MORTANTSCH

Impressum: F.d.l.v.: FPO Landesgruppe Steiermark, Conrad-von-Hötzendorf-Straße 58, 8010 Graz
E-Mail: weiz@fpoe-stmk.at, Tel.: +43 (0)316 / 70 72 - 95
Bezirksparteiobmann Patrick Derler, Politische Information

AUSGABE APRIL 2024

HIER IST
PLATZ FÜR
DICH!

Dein Name
Deine Funktion

Mario Kunasek
FPO-Landesparteiobmann

Patrick Derler
Bezirksparteiobmann

FPO DIE SOZIALE HEIMATPARTEI

GESTALTE DEINE ZUKUNFT

Werde Mitglied!

☎ 0664/352 80 59
✉ weiz@fpoe-stmk.at

fpoe-stmk.at/mitmachen



Die finanzielle Misere
der Gemeinden

Seite 2



EU- Verbotspolitik gefährdet
unseren Wohlstand und
unsere Sicherheit

Seite 3

Die finanzielle Misere der Gemeinden - Eine Frage der Verantwortung

SEHR GEEHRTE DAMEN UND HERREN!

Im letzten Budgethaushalt verzeichneten viele Gemeinden einen Abgang. Die Frage, die wir uns stellen müssen, lautet: Woher kommen diese hohen Ausgaben und neuen Schulden? Die Antwort liegt zum Teil in den Mehrkosten, die mit der hohen Inflation und Teuerung – befeuert durch die Russlandsanktionen – einhergehen. Das betrifft zum Beispiel gestiegene Heizkosten für Schulen, Kindergärten und Gemeindeobjekte, höhere Kosten für den Fuhrpark der Gemeinden – aufgrund der hohen Spritpreise – und die horrenden Rohstoffpreise, welche sich natürlich auch auf mögliche Sanierungsmaßnahmen und Neuerrichtungen auswirken. Viele Gemeinden stehen daher vor einem finanziellen Scherbenhaufen und haben kaum noch Handlungsspielraum, um notwendige Investitionen zu tätigen. Doch wer trägt die Verantwortung für diese prekäre Situation? Die Russlandsanktionen haben zweifellos einen negativen Einfluss auf die Wirtschaftslage in Europa gehabt, welche wiederum von den Regierenden auf europäischer, nationaler und auf Landesebe-

ne mitgetragen wurden. Und welche Partei hat auf allen diesen Ebenen Regierungsverantwortung? Richtig: die ÖVP! Somit steht für mich außer Frage, wer für diese Misere verantwortlich zeichnet. Ich richte daher einen Appell an die Verantwortlichen der ÖVP: Übernehmen Sie Verantwortung und handeln Sie, anstatt stets die Schuld auf andere zu schieben! Die Zügel liegen in Ihren Händen! Oder noch besser: Räumen Sie den Sessel und lassen Sie die Bevölkerung entscheiden. Nur so kann eine Entlastung für die Kommunen und Bürger eingeleitet werden.



Patrick Derler

Landtagsabgeordneter
Bezirksparteiobmann der FPÖ Weiz

Impressum: Franziska Kuhn-Obermayer - Landtagspartei Österreich - Conrad von Hötzendorf-Str. 58, 8010 Graz

FPÖ  **DIE SOZIALE HEIMATPARTEI**

BÜRO KUNASEK
DAS FREIHEITLICHE BÜRGERBÜRO

DIE ANSPRECHSTELLE FÜR ALLE BÜRGERANLIEGEN:

- Soziales
- Verwaltungsabläufe
- Politisches

📍 Conrad-von-Hötzendorf-Straße 58,
8010 Graz

☎ 0316/375 300

✉ mkunasek@fpoe-stmk.at

Wir sind immer für Euch da!

FPOE-STMK.AT





Mag. Dr. Georg Mayer
EU Abgeordneter

■ EU-Verbotspolitik gefährdet unseren Wohlstand und unsere Sicherheit!

Neben der noch immer ungelösten, unkontrollierten Massenzuwanderung treibt uns die EU mit ihrer Verbotspolitik immer weiter an den Rand der Existenzfähigkeit. Seit dem damaligen Glühbirnen-Verbot hat sich die EU-Führung wieder zahlreiche andere Verbote einfallen lassen, mit denen sie in erster Linie den Bürgern in unserem Land schadet und kaum sinnvolle Veränderungen bewirkt. Unter anderem wurde das Plastik-Verbot, das drohende Verbot von Pflanzenschutzmitteln oder das Bargeld-Verbot auf Schiene gebracht. Diese Verbote werden in der gewohnten Salami-Taktik Stück für Stück umgesetzt. Wir dürfen diese sinnlosen Einschränkungen nicht mehr protestlos hinnehmen.

Auch das Aus für den Verbrenner kommt einem wirtschaftlichen Kahlschlag gleich. In manchen Regionen der Steiermark sind mehr als 70 Prozent der Arbeitsplätze direkt oder indirekt von der Automobilindustrie abhängig. Wenn die EU uns vorschreibt, auf alternative Antriebe umzusteigen, wird das massive Auswirkungen auf unsere Wirtschaft haben. Schon jetzt ist offensichtlich, dass die Kosten für Elektroautos im Vergleich zu Verbrennern für

viele Bürger nicht tragbar sind.

Die kommende EU-Wahl kann richtungsweisend für die Zukunft Europas und damit auch für die Steiermark sein. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass wir alle unsere Stimme erheben und uns gegen die Verbotspolitik der EU zur Wehr setzen!

Ihr
Georg Mayer
Abgeordneter zum Europäischen Parlament



HARALD KORSCHOLT
blue-harry

MARIO KUNASEK
Landesparteiobmann

MARIO KUNASEK

GUT FÜR
DIE STEIERMARK

HARALD KORSCHOLT

GUT FÜR DIE
ARBEITERKAMMER



AK

